

Ausschußsitzungen

Die Ausschüsse und Unterausschüsse des Landtags Nordrhein-Westfalen tagen in der Regel in einem festen Turnus. Nur die Sitzungen des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses werden einzeln festgelegt. Der normale Wochenplan sieht so aus:

Montag

Sportausschuß

Dienstag

Ausschuß für Haushaltskontrolle; Petitionsausschuß

Mittwoch

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge; Ausschluß für Schule und Weiterbildung; Ausschluß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie; Ausschluß für Umweltschutz und Raumordnung; Rechtsausschuß; Ausschluß für Kommunalpolitik; Ausschluß für Städtebau und Wohnungswesen; Kulturausschuß; Ausschluß für Verwaltungsstrukturreform; Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Donnerstag

Haushalts- und Finanzausschuß; Ausschluß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz; Hauptausschuß; Ausschluß für Innere Verwaltung; Ausschluß für Wissenschaft und Forschung; Ausschluß für Kinder, Jugend und Familie; Verkehrsausschuß

Freitag

Ausschuß für Grubensicherheit; Ausschluß für Frauenpolitik; Ausschluß „Mensch und Technik“; Parlamentarische Untersuchungsausschüsse I und II

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koenig-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 21. April, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303, 8842304 und 8842545, btx: *56801#

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Gerd Mai (GRÜNE)

Die Auseinandersetzung um die Startbahn West in Frankfurt, das Aufeinanderprallen von wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ökologischen Erfordernissen — diese Erlebnisse haben seine politische Einstellung wesentlich geprägt.

Für Politik hatte Gerd Mai sich schon während seiner Schulzeit interessiert, die Studienzeit an der Uni in Frankfurt gab den Ambitionen einen zusätzlichen Schub: Hier bekam er Kontakt zu Umweltgruppen und zu den Grünen.

Daß sein Engagement für den Umweltschutz und gegen den Braunkohleentwurf in Garzweiler ihn, nachdem er nach Aachen zurückgekehrt war, auch parteipolitisch aktiv werden ließ, war dann eigentlich eine logische Konsequenz. 1983 war es soweit, Gerd Mai wurde Mitglied der Grünen.

Zwei Jahre später kandidierte er mit Erfolg für den Rat seiner Heimatstadt Heinsberg, wurde Fraktionsvorsitzender und ging in den Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten in Köln.

Um Dinge wie Abfallentsorgung und Braunkohle ging es da, und damit war er auch mitten in den landespolitischen Themen. In der eigenen Partei war er allerdings auf der Landesebene nicht weiter in Erscheinung getreten.

Seine Kandidatur auf Platz 4 der Landesliste für die Landtagswahl 1990 hatte deshalb nur Außenseiterchancen — aber am Ende eben doch Erfolg. Das war um so überraschender, als Mai so gar nicht dem allgemein üblichen Klischee des „Grünen“ entsprach: er kam aus dem ländlichen Raum und nicht aus dem gutbürgerlichen oder studentischen Milieu der Ballungsräume an Rhein und Ruhr. Seine „Basis“ waren Kirchen, Verbände, wertkonservative Umweltschützer und nicht die „Szene“ der Großstädte.

Außerdem war er Lehrer an der Polizeischule in Linnich. Es war Zufall, daß er nach dem Germanistik- und Sportstudium dort gelandet war — aber bis heute hat er diese Zeit nicht bereut. Im Gegenteil, die Arbeit mit den jungen Polizisten hat ihm Spaß gemacht.

Daß sich die Grünen als Partei verändert haben, kommt ihm, der sich nicht nur als Vertreter von Minderheiten versteht, sehr entgegen. Die politische Mitte müsse ebenso angesprochen werden wie Randgruppen, deren Schutz die Partei allerdings nach wie vor verpflichtet sei, meint Gerd Mai.

Der Begriff „Gemeinwohl“, bei manchem Grünen als konservative Ideologie verschrien, geht ihm ohne Zögern über die Lippen.

Wie unterschiedlich dieser Begriff jedoch interpretiert werden kann, weiß der grüne „Realo“ spätestens aus der aktuellen Auseinandersetzung über den Braunkohleentwurf Garzweiler II. Bei der Abwägung zwischen der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt einer halbwegs intakten Umwelt hätte sich die stärkere Lobby der Wirtschaft mit Berufung auf das

Gemeinwohl durchgesetzt — gegen die politisch schwächer repräsentierten Umweltverbände. Hier müßten Arbeit und Umwelt mit neuen Ideen einander ergänzt und nicht das eine gegen das andere ausgespielt werden, fordert der umweltpolitische Sprecher seiner Fraktion. Er hofft, daß die Landesregierung die Planung zu Garzweiler II vor der nächsten Landtagswahl nicht mehr in trockene Tücher bringen kann. Denn nach dem Wahltag könnte manches ganz anders aussehen.

Aber auch in den eigenen Reihen seien neue Ansätze und Phantasie im Umgang mit den aktuellen Problemen notwendig. Trotzdem werde „Querdenken“ selbst bei den Grünen gelegentlich sanktioniert.

In der Debatte über finanzielle Einsparungen der öffentlichen Hand etwa bedauert Mai, daß die Grünen dieses Feld nicht positiv besetzten. Schließlich seien sie angetreten, um Ressourcen zu schonen. Das sei auch auf finanzielle Mittel übertragbar. Statt sich konstruktiv für einen effizienteren Einsatz öffentlicher Gelder und eine Strukturreform der öffentlichen Verwaltung einzusetzen, agiere die Partei viel zu defensiv. Es gehe eben nicht nur um Sozialabbau und Stellenstreichungen. Die Vorstellung, vielleicht einmal in der Umweltverwaltung zu arbeiten, um zu sehen, ob die Konzepte praxistauglich sind, die man selbst mitentwickelt hat, findet der 36jährige ebenso reizvoll wie die Idee, wieder in den Lehrerberuf zurückzugehen. Doch zunächst will der Vater eines Sohnes seine Arbeit im Landtag fortsetzen. Und wenn nicht alles täuscht, dann wird er diesmal nicht als Außenseiter in die parteiinterne Nominierung gehen.

Es sei denn, Umweltminister Klaus Matthiesen würde Gerd Mai — wie vor kurzem — noch einmal während einer Plenarsitzung öffentlich loben. Doch die Gefahr ist bei der bekannten Sympathie des Ministers für diese Oppositionspartei relativ gering.

Ralph Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)